

19 führenden Exportländern an hochrangige Beamte und Regierungsvertreter misst. Im BPI des Jahres 1999 rangierte die VR China (einschließlich Hongkongs) nach Taiwan und Südkorea auf dem 19. und damit letzten Platz der Rangliste, die von den weitgehend „korruptionsfreien“ Ländern Schweden, Australien und Kanada angeführt wird (www.transparency.org/documents/cpi/1999/index.de.html).

Offenbar um das internationale Image Chinas als Investitionsstandort und weltwirtschaftlicher Partner besorgt, hat die chinesische Führung seit dem vergangenen Jahr Versuche einer Kontakthanbahnung durch TI erwidert. Kooperationspartner auf chinesischer Seite ist eine an der namhaften Qinghua-Universität in Beijing angesiedelte Forschungsstelle für die Überwachung der öffentlichen Verwaltung (*jiancha xuehui*), die unter der Kontrolle der einflussreichen Disziplinarkontrollkommission des ZK der Kommunistischen Partei steht. Ein erster Besuch von TI-Vertretern in Beijing fand im Mai 2000 statt, ein weiteres Treffen folgte anlässlich der Jahressitzung von TI im September 2000 in Ottawa, ein offizieller Gegenbesuch einer chinesischen Delegation im Hauptsitz von TI in Berlin im Februar dieses Jahres. Die chinesische Seite entsandte außerdem Vertreter auf die „10th International Anti-Corruption Conference“ Anfang Oktober 2001 in Prag, die wiederum TI-Vertreter zu einem Besuch in China im April 2002 einluden – eine Geste, die von der Nichtregierungsorganisation als offizielle Anerkennung ihrer Arbeit gewertet wird.

Der hauptsächliche Beweggrund Chinas für die Zusammenarbeit mit TI ist in dem Wunsch zu suchen, das internationale Image Chinas zu verbessern. Gerade auch vor dem Hintergrund des Beitritts Chinas zur Welthandelsorganisation dürften die Bemühungen um Transparenz und Abbau der Korruption besondere Dringlichkeit erhalten haben. So hat China angeboten, zukünftig an der Erstellung des CPI als auch des BPI mitzuwirken und relevante Daten zur Verfügung zu stellen. Wie Liao Ran, ein Mitarbeiter von TI in Berlin urteilte, habe die chinesische Seite verstanden, dass sie durch eine konstruktive Zusammenarbeit im Bereich der

Korruptionsbekämpfung selbst dazu beitragen könne, das internationale Image des Landes zu verbessern.

Neben der Sorge um das äußere Erscheinungsbild Chinas scheint aber auch der Wunsch der chinesischen Führung nach einer effektiven Bekämpfung der endemischen Korruption im eigenen Land einen Ausschlag für die Kooperationsbereitschaft zu geben. Der von TI vertretene wertfreie institutionalistische Ansatz der Korruptionsbekämpfung scheint dabei aus chinesischer Sicht als Modell gut geeignet, zumal TI explizit darauf verzichtet, Einzelfälle von Korruption zu untersuchen oder Individuen anzuklagen. Kernstück der Zusammenarbeit ist zunächst das von TI erstellte umfassende „Handbuch für nationale Integritätssysteme“ („National Integrity Source Book“), das von der Forschungsstelle der Qinghua-Universität inzwischen vollständig ins Chinesische übersetzt worden ist. Das Standardwerk beschreibt praktische Schritte für institutionelle Reformen, die in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen – staatliche Organe, Medien, Zivilgesellschaft und privater Unternehmenssektor – unternommen werden können, um über die strafrechtliche Verfolgung hinaus Korruption nachhaltig einzudämmen.

Die Zusammenarbeit mit TI lässt hoffen, dass die chinesische Führung aus dem Repertoire international erprobter *best practices* der Korruptionsbekämpfung tatsächlich substanzielle Anregungen für institutionelle Reformen des politischen und gesellschaftlichen Systems bezieht. Auch wenn auf chinesischer Seite zunächst *Public-Relations-Erwägungen* im Vordergrund stehen dürften, so wird die internationale Kooperationsbereitschaft in jedem Fall der Transparenz staatlichen Handelns und dem internationalen Image Chinas zuträglich sein. (*The Straits Times*, 21.11.01; www.transparency.org; telefonisches Interview mit Herrn Liao Ran, Mitarbeiter von TI in Berlin am 10.12.01) -hol-

14 Gehaltserhöhungen im öffentlichen Dienst

Gemäß einer Meldung der Nachrichtenagentur Xinhua wurden die Gehäl-

ter von staatlichen Bediensteten und Angestellten in öffentlichen Einrichtungen rückwirkend zum 1. Oktober dieses Jahres erhöht.

Laut offiziellen Angaben wurden die monatlichen Bezüge von Staatsbediensteten im Durchschnitt um 80 RMB Yuan erhöht. Es handelte sich um die zweite Gehaltsaufbesserung im öffentlichen Dienst in diesem Jahr, nachdem bereits Anfang 2001 eine Gehaltserhöhung von durchschnittlich 100 RMB Yuan pro Monat beschlossen worden war. Die Bezüge von Pensionären sind in die Maßnahme eingeschlossen.

Der Schritt zielt zum einen darauf ab, die inländische Nachfrage anzukurbeln und damit die noch immer latenten deflationären Tendenzen abzubauen. Zum anderen wird die Gehaltserhöhung in den Kontext der Reform der sozialen Einkommensverteilung gestellt. Sie soll dazu beitragen, der Schlechterstellung öffentlicher Bediensteter im Einkommensbereich abzuwehren und damit die verbreitete Korruption einzudämmen. Durch die Gehaltserhöhung – die fünfte seit 1989 – versucht man, den öffentlichen Dienst für hochqualifizierte Fachkräfte attraktiver zu machen.

Was die entstehenden Mehrkosten angeht, wurde bestimmt, dass neun Provinzen und regierungsunmittelbare Städte (auf Provinzebene) in den entwickelten Regionen Ostchinas, darunter auch Beijing und Guangdong, die Gehaltserhöhungen und aus den lokalen Haushalten zu decken hätten. In den restlichen Provinzen dagegen werde die Zentralregierung für die zusätzlichen Kosten aufkommen, um die ohnehin stark beanspruchten Haushalte der ärmeren Regionen nicht weiter zu belasten. (XNA, 7.11.01) -hol-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

15 Innovative Forschung an der Akademie der Wissenschaften

Die Chinesische Akademie der Wissenschaften wurde 1998 zur zentralen

Institution für das vom Staat geförderte Projekt Innovation der Forschung bestimmt (vgl. dazu C.a., 1998/6, Ü 9 u. 1998/10, Ü 8). Es handelt sich hierbei um einen Strategieplan, mit dem der Staat zum einen den Anstoß gibt, die naturwissenschaftlich-technische Forschung Chinas durch Innovation und Exzellenz an die Spitze der internationalen Forschung zu bringen, und zum anderen Projekte zu fördern, denen der Staat strategische Bedeutung für die Volkswirtschaft und die gesellschaftliche Entwicklung beimisst. Nach einer Anfangsphase geht die Akademie jetzt in die zweite Phase und beginnt mit der eigentlichen Forschung. Dabei wird eine erste Gruppe von Projekten in Angriff genommen. Zu diesen zählen die Entwicklung fortgeschrittener Technologie zur Verflüssigung von Kohle, die Sequenzierung des Reisingenoms und wichtige Genforschung im Agrarbereich, Forschung über die Karbonbilanz der Ökosysteme des chinesischen Festlandes und meeresnaher Gebiete sowie die Erforschung von Funktion und Wirkung des Permafrostbodens beim Bau der Qinghai-Tibet-Eisenbahn.

Die Projekte im Rahmen des strategischen Plans der Innovation von Wissenschaft und Technologie umfassen sowohl Grundlagenforschung als auch Hightech-Forschung und -entwicklung. Der Schwerpunkt liegt auf den Lebenswissenschaften und Biotechnologie sowie auf Ressourcen- und Umweltforschung und -technologie. Die Forschungsprojekte, so die Hoffnung, werden die Forschung gründlich verändern. Es werden nicht mehr die einzelnen Wissenschaften von Bedeutung sein, sondern die strategischen Erfordernisse des Staates, verbunden mit der Entwicklung von Wissenschaft und Technik an die Weltspitze. Zugleich wird sich die Akademie der Wissenschaften zu einem wahrhaft offenen, wettbewerbsfähigen, innovativen und international anerkannten Forschungsorgan von höchstem Einfluss entwickeln. Ein weiteres mit dem Projekt verbundenes Ziel ist die Schaffung einer neuen hochqualifizierten Wissenschaftlergeneration, insbesondere die Heranbildung von Führungskräften mit strategischem Blick und Organisationstalent.

In der dreijährigen Anfangsphase als Versuchspunkt für das Projekt Inno-

vation des Wissens hat die Akademie der Wissenschaften vor allem ihre Forschungsinstitute umorganisiert, neues Forschungspersonal ausgewählt und die Voraussetzungen für die neuen Forschungsaufgaben geschaffen. (GMRB, 2.11.01, S.1 u. 2) -st-

16 Postdoc-Forschungszentren

In China gibt es derzeit rund 1.200 Postdoc-Forschungszentren, an denen 7.000 Postdoc-Wissenschaftler forschen. Die meisten dieser Zentren sind an Universitäten angesiedelt und mit staatlichen Geldern eingerichtet worden. Daneben gibt es eine zunehmende Zahl von Zentren, die von Unternehmen eingerichtet werden, gegenwärtig gut 250. Der Staat hat großes Interesse an Postdoc-Forschungszentren. Bis zum Jahr 2005 sollen etwa 750 weitere Zentren gegründet werden mit dann 12.000 bis 15.000 Postdoc-Forschern. Für das Interesse des Staates sind mehrere Gründe ausschlaggebend: In erster Linie sollen junge chinesische Wissenschaftler, die im Ausland promoviert wurden, Anreize erhalten, nach China zurückzukehren. Zugleich sollen durch deren Verbindungen der Wissenschaftler austausch und die internationale Kooperation gestärkt werden. Zudem sind die Postdoc-Zentren wichtig für die Aus- und Weiterbildung außergewöhnlich begabter Jungwissenschaftler und deren Verbleib in der Wissenschaft sowie für die Durchführung wissenschaftlicher Forschungsprojekte von hohem Niveau. Auch können Postdoc-Forscher für den Staat und die in solche Zentren investierenden Unternehmen wichtige Forschungsaufgaben lösen. Und nicht zuletzt spielt die Postdoc-Forschung für den Staat eine wichtige Rolle bei der Umsetzung seiner Strategie, durch Wissenschaft und Bildung China zur Blüte zu bringen. (XNA, 15.11.01) -st-

17 Neuer Termin für Hochschulaufnahmeprüfungen

Wie das Bildungsministerium bekannt gab, werden die nationalen Hochschulaufnahmeprüfungen ab dem Jahr 2003 einen Monat früher stattfinden. Der neue Termin wurde auf den 7. bis 9. Juni festgelegt. Seit dem Jahr 1979 wurden die Aufnahmeprüfungen jedes

Jahr einheitlich vom 7. bis 9. Juli abgehalten. Der Beschluss findet die Zustimmung aller Beteiligten, der Mittel- und Hochschulen, der Provinzregierungen, der Bildungsämter und der Abteilungen für die Organisation der Prüfungen. Als Begründung für die Vorverlegung wird die große Hitze im Juli angegeben. In den meisten Landesteilen ist es im Juli sehr heiß; auch kommt es dann nicht selten zu Naturkatastrophen. Die Schulen haben nun gut eineinhalb Jahre Zeit, sich auf den Wechsel vorzubereiten. (Vgl. GMRB, XNA, 21.11.01) -st-

18 Erste nationale AIDS-Konferenz

Mitte November 2001 fand in Beijing die erste nationale AIDS-Konferenz Chinas statt. Sie wurde vom Gesundheitsministerium veranstaltet und zählte rund 2.000 Teilnehmer. Nachdem AIDS in China lange als eine Erscheinung des dekadenten Westens betrachtet worden war und man die Augen vor den Gefahren dieser Krankheit verschlossen hatte, wird AIDS auch in China zunehmend zu einem Problem, mit dem sich die Behörden befassen müssen. Zwar ist die Zahl der HIV-Träger in China im Vergleich zu manchen anderen Ländern immer noch niedrig, aber seit dem ersten gemeldeten AIDS-Fall 1985 ist die Zahl der Infizierten stetig gestiegen, und sie steigt immer schneller. Die Zahl der HIV-positiven Menschen wird auf 600.000 bis 800.000 geschätzt. Bis Ende September 2001 waren nach chinesischen Angaben 28.133 Personen HIV-positiv gemeldet. Von diesen war die Krankheit in diesem Jahr bei gut 1.200 ausgebrochen, und 641 sollen bereits gestorben sein. Experten schätzen, dass es in zehn Jahren 10 Millionen Infizierte geben wird. Besorgnis erregend ist, dass sich das Virus nicht nur unter den Risikogruppen wie Drogenabhängigen, Homosexuellen und Prostituierten, sondern auch in der Bevölkerung allgemein verbreitet. Nach statistischen Erhebungen lag die Zahl der Infizierten im ersten Halbjahr 2001 um 67,4% höher als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Schätzungen zufolge soll sie pro Jahr um durchschnittlich 30% steigen.

Hauptursache für die Ansteckung mit HIV ist intravenöses Spritzen mit wie-

derverwendeten Spritzen unter Drogenabhängigen. 70% der Fälle werden so verursacht. Etwa 10% der Fälle sind auf homo- oder heterosexuellen Verkehr zurückzuführen, ein etwas kleinerer Prozentsatz auf Mutter-Kind-Übertragung. Vor einigen Jahren wurden rund 40% der HIV-Infektionen durch verunreinigte Nadeln beim Blutspenden und entsprechend durch Blutkonserven verursacht. Angeblich soll dieser hohe Anteil mittlerweile auf 4-6% zurückgegangen sein (vgl. AWSJ, 26.6.01), doch ist unwahrscheinlich, dass man das Problem des illegalen Handels mit infiziertem Blut in den Griff bekommen hat. In ländlichen Gebieten sind die Menschen vielfach aus finanzieller Not auf Blutspenden angewiesen, ohne dass sie etwas von den damit verbundenen Gefahren ahnen.

Auf der AIDS-Konferenz standen als wichtigste Themen Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung des HIV, Behandlung und Umgang mit der Krankheit, Kooperation der Behörden untereinander, Beteiligung von NGOs, medizinische Forschung, Kontrolle und Überwachung der Krankheit, Erziehung und Aufklärung auf der Tagesordnung. Diskutiert wurde auch über die Umsetzung des im September 2001 von der Regierung verabschiedeten „Aktionsplans zur Eindämmung und Kontrolle von AIDS für die Planperiode 2001-2005“ (engl. Übers. veröff. von BBC PF, 14.9.01). In dem Plan ist vorgesehen, die jährliche Steigerungsrate der HIV-infizierten Menschen bis zum Jahr 2005 auf unter 10% zu senken. Der Direktor des AIDS-Programms der Vereinten Nationen, der an der Konferenz teilnahm, bestätigte, dass der Aktionsplan sehr gut sei. Jetzt komme es auf die Umsetzung an. China befinde sich am Scheideweg: Es könne gelingen, eine Epidemie zu verhindern, oder die letzte Chance werde vertan, wenn man jetzt nicht handele.

An der Entschlossenheit der Regierung, den Kampf gegen AIDS aufzunehmen, kann kein Zweifel bestehen, das Problem besteht jedoch wie auf vielen anderen Gebieten in der Umsetzung der Pläne, Regelungen und gesetzlichen Bestimmungen. In den letzten Jahren hat sich in China jedoch in Bezug auf Aufklärung, auch in Bezug auf Blutkontrolle viel zum Posi-

tiven gewandelt. Das Thema ist nicht mehr tabu, auch die Medien nehmen sich der Thematik immer mehr an. Da sich China die teuren AIDS-Medikamente nicht leisten kann, sind spezielle Forschungsprogramme zur Entwicklung eigener Medikamente aufgelegt worden. Angeblich soll ein Impfstoff entdeckt worden sein, der kurz vor der klinischen Erprobung steht. (Vgl. XNA, 27.10.01; 14., 15., 17. u. 30.11.01) -st-

19 Projekt zur Wasserumleitung von Süd nach Nord

Wie der Minister für Wasserressourcen kürzlich bekannt gab, sind die Vorbereitungsarbeiten für das Projekt der Umleitung von Wasser aus dem Süden in den Norden des Landes weitgehend abgeschlossen und die technischen Voraussetzungen für die Durchführung gegeben. Das Projekt, über das seit 1958 diskutiert wird, hat zum Ziel, Wasser aus dem Yangzi in den Norden abzuzweigen, um dem dortigen Wassermangel abzuwehren und die Versorgung der Landwirtschaft und Industrie mit Wasser sicherzustellen. Jetzt wurde bekannt, dass mit den Bauarbeiten im Jahr 2002 begonnen werden soll. Geplant sind drei Umleitungsrouten, die nach vierzigjähriger Untersuchung und Analyse nunmehr feststehen. Demnach wird das Wasser an drei Plätzen am Yangzi abgezweigt und über drei Routen verlaufen: eine östliche vom unteren Yangzi, eine mittlere vom Mittellauf und eine westliche vom Oberlauf des Yangzi. Für jede Route sind drei Bauphasen vorgesehen. Bis zum Jahr 2010 sollen die erste und zweite Bauphase der Ostroute und die erste Bauphase der mittleren Route abgeschlossen sein. Hierfür werden Kosten von 180 Mrd. Yuan veranschlagt. Der Bau der schwierigsten und längsten Route, der Westroute, wird über 300 Mrd. Yuan kosten.

Das Projekt ist nicht nur wichtig, um dem akuten Wassermangel im Norden abzuwehren, sondern auch für die Verbesserung des Ökosystems und zur Förderung des staatlichen Programms „Aufbau West“. Mit dem Bau gehen Spezialpläne für Wasserschutz, Wasserverschmutzung und Umweltschutz einher. Bis 2010 will der Staat zusätzlich 42,6 Mrd. Yuan in die Bewässerungssysteme sowie in Ausrüs-

tung für Unternehmen zum Wassersparen investieren. Es wird damit gerechnet, dass in den Gebieten der Ost- und der Mittelroute pro Jahr 4,1 Mrd. qm Wasser eingespart werden können. Die Kontrolle der Wasserverschmutzung ist besonders an der Ostroute wichtig. Das abgeleitete Wasser soll dort die Qualitätsstufe Klasse III erreichen. Entlang der Route sollen 102 Klärwerke gebaut werden. Weitere Probleme sind Vorkehrungen gegen das Eindringen von Salzwasser aus dem Mündungsgebiet des Yangzi, der ökologische Schutz der Nebenflüsse des Yangzi, insbesondere des Han, sowie das unbeeinträchtigte Funktionieren des Wassertransports. (Vgl. XNA, 15.11.01) -st-

Außenwirtschaft

20 Mitgliedsländer stimmen Aufnahme Chinas auf 4. WTO-Ministerkonferenz in Doha zu

Am Abend des 10. November stimmten die WTO-Mitgliedsstaaten auf der 4. Ministerkonferenz in Doha dem Aufnahmeantrag Chinas zu. Am Tag darauf fand die Unterzeichnungszereemonie des Aufnahmeprotokolls statt, bei der u.a. die chinesische Delegation, der WTO-Generalsekretär Mike Moore und der Finanzminister des Golfstaates Katar anwesend waren. Der letzte Schritt zur Mitgliedschaft ist die Ratifizierung durch das chinesische Parlament, dem Nationalen Volkskongress, innerhalb von 30 Tagen. (AWSJ, 10.11.01; BBC PF, 11.11.01)

In seiner Ansprache auf der Ministerkonferenz wies der chinesische Delegationsleiter, Außenwirtschaftsminister Shi Guangsheng, darauf hin, dass der Beitritt zur WTO und die Beteiligung am multilateralen Handelssystem eine strategische Entscheidung der chinesischen Führung unter den Bedingungen einer beschleunigten Globalisierung gewesen sei. Shi hob in seiner Rede hervor, dass China die Regeln beachten und seinen Verpflichtungen nachkommen sowie eine aktive und konstruktive Rolle im multilateralen Handelssystem spielen werde. Shi betonte, dass die Aufnahmeverhandlungen